



Bürgerinitiative Ausländerstopp – Nachrichten

NÜRNBERG – Aktuelles aus Stadt und Rathaus – Ausgabe 2 / 2008

Nr. 25 – Das deutsche Stadtblatt – im Kampf gegen die Dummheit

Fax/Ruf: 09 11/64 61 76

Weltnetz: www.auslaenderstopp.de

ePost: info@auslaenderstopp.de

Stadtrat Fett rechnet ab

„Ihr habt doch einen Badscher“

CSU-Stadtrat tritt zurück und findet klare Worte

Kaum hat die neue Periode des Stadtrates nach der Wahl im März begonnen, gab es bereits die erste Überraschung.

Der CSU-Stadtrat Bernd Fett warf bereits nach der ersten Sitzung am 2. Mai das „Handtuch“ und trat als Stadtrat zurück. Es war wenig schmeichelhaft, was der Handwerksmeister, der um ein deutliches Wort nie verlegen war, seinen nunmehr ehemaligen Kollegen als Rücktrittsgründe, „ins Stammbuch“ schrieb.

Wurde offiziell eine berufliche Überlastung für seinen Schritt angegeben, so verkündete der Ex-Stadtrat laut *Nürnberger Zeitung* aber auch andere Gründe für sein Ausscheiden.

So sagte er: „Ich bin frustriert. Der neue Kurs in der Fraktion. Söder als Bezirksvorsitzender. Es gibt Machenschaften und Intrigen von oben und unten. Im ganzen Stadtrat sitzen höchstens fünf bis sechs Personen, die für die Stadtratsarbeit geeignet sind. Ich habe das Gefühl, ich sitze im Stadtrat und kann nichts erreichen, weil die Anwesenden ständig andere

Gedanken haben.“ Gegen seine eigene CSU-Fraktion sprach Fett dann auch in der letzten Sitzung, als er zu den geplanten und dann beschlossenen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr erklärte, es könne doch nicht sein, daß hier ständig etwas erhöht werde, was die Bürger belaste. Seinen Redebeitrag beendete er dann mit dem Ur-Nürnbergerischen Ausdruck: „Das kann’s doch nicht sein. Ihr habt doch einen Badscher.“ Am nächsten Morgen trat er von seinem Amt zurück.

Dies wirft ein bezeichnendes Bild auf den Zustand der bayerischen Regierungspartei CSU und ihre Nürnberger Stadtratsfraktion. Offenbart jetzt durch einen frustrierten Stadtrat, der seinem Unmut Luft machte, was bei den herrschenden Parteien eher selten vorkommt, weil deren Vertreter Angst um ihre Posten und ihre Karriereplanung haben. Hier zählen oft nicht das Fachwissen, sondern die gute Stellung in der Partei und die Unterstützung durch die „richtigen“ Leute. Die Zustands-



In der CSU habe so mancher einen Badscher, meint der CSU-Stadtrat Bernd Fett und trat als Stadtrat zurück.

beschreibung der CSU-Fraktion durch ihr ehemaliges Mitglied ist auch ein „Schlag ins Gesicht“ für diejenigen Wähler, die dieser Partei bei der Wahl noch ihr Vertrauen schenkten.

Die Wählergruppe „**Bürgerinitiative Ausländerstopp**“, die im neuen Stadtrat mit einer zwei Mann starken Stadtratsgruppe vertreten ist, hat indessen ihre Arbeit aufgenommen und ihre

Grundsätze in einer Erklärung in der ersten Sitzung (siehe Innenseiten) bekanntgegeben.

Wir sehen unsere Aufgabe in der Vertretung der Interessen unserer deutschen Bürger und werden dementsprechend nicht nur im Rat reden, sondern auch handeln.

Auf uns ist Verlaß, denn wir fühlen uns unseren Wählern verpflichtet!

Nürnberg

Konstituierende Sitzung des Nürnberger Stadtrates am 2. Mai 2008

Antrittsrede der Stadtratsgruppe

Herr Oberbürgermeister,
Damen und Herren des Stadtrates,

Sie können sich freuen, ich bin wieder da. Und diesmal nicht nur alleine, sondern als Sprecher einer neuen Stadtratsgruppe, zusammen mit meinem Kameraden und neuen Stadtratskollegen, Sebastian Schmaus. Freuen werden sich auf jeden Fall die vielen Tausende Nürnberger Bürger, die offenkundig meine Arbeit in den letzten Jahren honoriert haben und mit unseren Auffassungen übereinstimmen.

Mit einem Stimmenzuwachs von über 35 Prozent liegen wir auch diesmal wieder z.B. vor der Bundestagspartei FDP.

Und das trotz der praktizierten „Totschweigetaktik“ der Nürnberger Medien, die ihre Monopolstellung ganz offen zur Hetze und zum Kampf gegen die nationale Opposition mißbrauchen, statt objektiv zu berichten, wie es ihre Aufgabe wäre – auch über das Geschehen hier im Stadtrat. Wir werden jedenfalls auch zukünftig nicht anderen, „nach dem Mund reden“, sondern konsequent unsere Standpunkte darlegen und die Interessen unserer Wähler vertreten, die dies auch von uns erwarten.

So wie ich in den letzten sechs Jahren hier im Rat sachlich gearbeitet habe, werden wir es jetzt als Stadtratsgruppe auch weiterhin praktizieren. Nachdem die anderen Parteien wieder miteinander kooperieren, wenn auch nicht so eng wie in der letzten Stadtratsperiode, ist die BIA wieder die einzige Opposition in diesem Hause. Die „Linke“ möchte dies zwar auch sein, aber ihre Oppositionsrolle ist unglaublich, weil sie letztlich die gleiche Ideologie wie die herrschenden Parteien vertritt,

nämlich den Internationalismus mit seiner wirtschaftlichen Ausprägung: der Globalisierung.

Soziale Gerechtigkeit, für die die „Linken“ vorgeben sich einzusetzen, kann es aber nur in der Solidargemeinschaft eines Volkes geben. Voraussetzung dafür sind souveräne Nationalstaaten, die von den Internationalisten bekämpft werden. Damit machen sie sich selbst zum Handlanger des internationalen Großkapitals, zum Schaden der Volkswirtschaften. Gerade wir hier in Nürnberg haben die Auswirkungen der Globalisierung schon schmerzhaft erleben müssen. Die regionale Wirtschaft zu stärken und die Arbeitsplätze hier vor Ort zu sichern, dürfte



Sebastian Schmaus

auch in den nächsten sechs Jahren eine zentrale Aufgabe der Stadtpolitik sein. Selbstverständlich, meine Damen und Herren, sind wir auch zur konstruktiven Mitarbeit hier im Rat bereit. Es kommt uns nicht darauf an, wer einen Vorschlag einbringt, sondern ob der Vorschlag gut oder schlecht für die Bürger dieser Stadt ist. Diese Bereitschaft wird jedoch ihre Grenzen in den Tatsachen finden, daß Sie, Herr Oberbürgermeister, und die anderen Parteien, in Mißachtung

des Wählerwillens, uns von der Mitarbeit in den Ausschüssen ausschließen werden und daß wir in entscheidenden Punkten der Stadtpolitik, vor allem in der Ausländerpolitik, völlig konträre Auffassungen haben. Es muß Ihnen, meine Damen und Herren, doch zu denken geben, daß die **Bürgerinitiative Ausländerstopp** gerade in den Nürnberger Stadtteilen die größten Stimmenanteile bei der Wahl hatte (bis zu 12,2 Prozent), in denen die von Ihnen propagierte multikulturelle Gesellschaft schon am weitesten fortgeschritten ist.

Gerade dort stimmt jetzt aber das Gemeinschaftsleben nicht mehr und die deutschen Bürger begehren auf. Und zurecht!

Immer mehr deutsche Bürger fühlen sich in ihrer eigenen Heimat nicht mehr wohl, weil das Wohnumfeld überfremdet wird, mit allen negativen Folgen für die einheimischen Bürger. Es ist eben ein Irrglaube und eine ideologische Verblendung, wenn man glaubt, daß völlig verschiedene Kulturen und Mentalitäten auf engstem Raum gedeihlich miteinander leben könnten. Und sie wollen es auch gar nicht.

Dort, wo bereits viele Einwanderer leben, werden die noch ansässigen deutschen Bürger immer mehr abgedrängt und es findet eine schleichende Landnahme statt. Es hat nichts mit



Ralf Ollert

Ausländerfeindlichkeit zu tun, wenn man in seinem eigenen Land, kommunal in seinem eigenen Stadtteil, nicht zur Minderheit werden will und sich nicht an fremde Sitten und Gebräuche anpassen möchte. Die Integrationsfanatiker werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß nicht zusammenwachsen kann, was nicht zusammengehört.

Sie wollen aber weiter „integrieren“, zu Lasten der deutschen Bevölkerung. In der Südstadt sind, vor allem in Altbauten, die Ausländer oft schon in der Mehrheit, wenn die restlichen alten Deutschen wegsterben, kann endgültig eine Parallelgesellschaft gelebt und gepflegt werden. In Langwasser ist durch die Ansiedlung von immer mehr russischen Zuwanderern, im Gegensatz zu den längst integrierten Volksdeutschen, ein

Erscheinungsvermerk
Anschrift Herausgeber
und Verlag:

Satz und Druck: E.i.S.

Nächste Ausgabe: bis zum 31.12.2008

In Ausnahmefällen kann es vorkommen, daß die Inhaber von Bildrechten nicht festgestellt werden konnten. Sofern diesbezüglich rechtmäßige Ansprüche geltend gemacht werden, erklärt sich der Verlag bereit, die üblichen Honorare zu zahlen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen.

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Stadtrat Ralf Ollert, c/o Rathaus, Fünferplatz, 90403 Nürnberg

Ruf/Ferndruck: 09 11 / 64 61 76 // ePost: ollert@mail.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge verantwortet der jeweilige Verfasser selbst.

Ralf Ollert
Postfach 61 02 41
90222 Nürnberg

Nürnberg

gefährliches Konfliktpotential entstanden, was auch in vielen Beschwerden von Bürgern zum Ausdruck kommt. Die sozialen Konflikte in der Großstadt Nürnberg werden sich also nicht in Wohlgefallen auflösen, sondern sich in den nächsten Jahren noch verstärken und die Sozialkosten werden weiter drastisch steigen.

In dieser Situation weiter eine Einwanderungspolitik zu betreiben, ist gegenüber den einheimischen Bürgern unverantwortlich und auch gegenüber den sogenannten Migranten, denen wir keine vernünftige Zukunftsperspektive geben können.

Schon heute gibt es in Nürnberg Tausende jugendlicher Ausländer ohne ausreichenden Schulabschluß und anderen Voraussetzungen, die keine Aussicht auf eine gesicherte Existenz hierzulande haben.

Auch der (noch) bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein mußte laut „NZ“ vom 12.2.08 zugeben, „daß trotz zahlreicher Integrations- und Sprachangebote der Erfolg bei vielen jungen Migranten auf sicher warten läßt.“ Wörtlich: „Die

dritte Generation macht uns mehr Probleme als die erste und zweite.“ Das liege auch daran, daß die traditionelle türkische Politik die Türken in Deutschland zunehmend vereinnahmt. Das heißt, daß diese Generation wieder verstärkt zu ihren landsmannschaftlichen und kulturellen Wurzeln zurückstrebt und eine Assimilierung ablehnt.

Wir brauchen deshalb keine Fortsetzung der gescheiterten Integrationspolitik, sondern es müssen vernünftige Konzepte her, wie wir auf rechtsstaatlichem Wege die Ausländerzahl auf ein verträgliches Maß reduzieren und die weitere unkontrollierte Einwanderung unterbinden können. Dafür sind alle gesetzlichen Möglichkeiten voll auszuschöpfen.

Es ist eine Tatsache, daß die Zuwanderung in den letzten zehn Jahren fast ausschließlich nicht in den sowieso gesättigten Arbeitsmarkt erfolgte, sondern direkt ins sogenannte „soziale Netz“, was auch der Stadt Nürnberg geradezu explodierende Sozialkosten bescherte, die notwendige Investitionen für die Zukunft blockieren und den



Nürnbergs Schuldenberg beträgt 1,5 Mrd. Euro.

Schuldenberg auf rund 1,5 Mrd. Euro anwachsen ließen.

Denn im Mittelpunkt unserer Politik muß die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und die Erhaltung und Förderung des eigenen Volkes stehen. Darauf sind auch die Ressourcen der Stadtverwaltung zu konzentrieren.

Es ist ein Armutszeugnis, daß inzwischen jedes dritte Kind in Nürnberg als arm gilt und über 20% aller Kinder unter 15 Jahren von Sozialgeld leben müssen.

Der Bezug von Sozialgeld von Kindern stieg in unserer Stadt alleine von Juli 2005 bis zum März 2007 von 19,5% auf 23,5% – eine alarmierende Zahl! Bereits

jeder zehnte Nürnberger lebt von Hartz IV-Almosen und auch die Altersarmut steigt immer mehr an.

Es gibt also viel zu tun für eine Stadtpolitik in der Großstadt Nürnberg mit vielen ungelösten sozialen Fragen.

Hierbei muß die Stadtverwaltung immer mit gutem Beispiel vorangehen.

So auch mit einer in der letzten Stadtratsperiode an dem Anspruchsdenken der großen Parteien gescheiterten und von uns jetzt wieder angemahnten Verwaltungsreform mit Reduzierung der Referate und Abschaffung des dritten Bürgermeisterpostens.

Auch hier ist jedoch leider kein Umdenken bei den herrschenden Parteien in Sicht.

Die Stadtratsgruppe der **Bürgerinitiative Ausländerstopp** wird jedenfalls das Notwendige auch weiterhin frei und offen sagen, sich nicht verbiegen lassen, und für ein wohnliches deutsches Nürnberg und die Interessen ihrer Bürger eintreten.

Ralf Ollert, Sprecher der Stadtratsgruppe

An unsere Leser:

Möchten Sie die Einladungen und Informationen der BIA-Nachrichten regelmäßig per Post erhalten?

Dann lassen Sie sich als Anhänger registrieren.

Schreiben Sie an:

Stadtrat Ralf Ollert
Postfach 610241,
90222 Nürnberg.

VOLK IN BEWEGUNG, die Wahlprüfungsliste für eine neue Ordnung. Insbesondere in unserer Ausgabe 208-2007, das Leitwort: „Stoppt die Globalisierung: Wagt die Kapitalismen!“

Mit Beiträgen von
F. Palmer Mischak / F. Leifer Ebeling
F. Bernd Zühl / F. Dr. Ralf Bering
F. Alex Müller / F. Andreas Thier

Schicken Sie noch die nächste Ausgabe! Senden Sie uns € 2,- in Briefmarken: Volk in Bewegung, PF 1347, D-78478 Ellwangen, Tel.: 07947-7026732, Fax: 07947-7026733

Mit 100% nationaler Wirtschaft

www.volk-in-bewegung.de

Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg

Besuchen Sie uns im Weltnetz: www.auslaenderstopp.de

Beispiel Werderau – Wählen hilft!

Als Ende Juli eine mobile Bürgerversammlung mit OB Maly per Fahrrad auch einmal in die Werderau führte, war **BIA**-Stadtrat Ralf Ollert natürlich mit dabei, um sich über die neuesten Entwicklungen im Stadtteil zu informieren. Auf der Tour konnte man in Augenschein nehmen, was ein Wahlergebnis so alles bewirken kann. So mußte der Oberbürgermeister zugeben, daß man sich früher von Seiten der Stadt nicht um die Werderau gekümmert hat.

Der Sprecher der städtischen Wohnungsbaugesellschaft WBG erläuterte die „sozialen Irritationen“ im Stadtteil, die sogar zu „personellen Auswirkungen im Stadtrat geführt haben“ und die es jetzt notwendig machen, daß die WBG alle noch nicht verkauften Wohnungen selbst aufkaufen mußte, um weiteren

Schaden abzuwenden. Diese Wohnungen sollen jetzt renoviert und sozialverträglich vermietet werden. Nachdem die **BIA** bei der letztjährigen „Keht Wärd-Aktion“ den Bahndamm an der Forsterstraße säuberte, teilte Baureferent Baumann inzwischen schriftlich mit, daß das Tiefbauamt diesen Bereich „im Auge behalten“ und bei Bedarf reinigen lassen wird.



Hoffentlich allerdings öfter, als in der Vergangenheit, möchte man hier anfügen!

Wenngleich natürlich unter den gegebenen Mehrheitsverhältnissen im Stadtrat vieles zu wünschen übrig bleibt, kann man feststellen, daß die im Stadtteil guten Wahlergebnisse für die **Bürgerinitiative Ausländerstopp** und die NPD Positives für die Werderau gebracht

haben, was sonst nicht der Fall wäre. Mit „richtig“ wählen kann man also doch noch etwas erreichen! Ein ausreichender Lärmschutz für die Werderau und die Dianastraße beim bevorstehenden Ausbau des Frankenschnellweges ist eines der nächsten wichtigen Ziele, die politisch durchgesetzt werden müssen. Bis jetzt ist ein solcher nämlich nicht geplant, da der Neubau des FSW an der Otto-Brenner-Brücke endet.

Hier muß entschieden politisch Druck gemacht werden, was kurzfristig am besten bei der Landtagswahl am 28. September geht – durch die Wahl der NPD. Nur durch ein wiederum gutes Ergebnis für die Nationaldemokraten und Stadtrat Ralf Ollert, dem örtlichen Stimmkreis Kandidaten, wird ein gewichtiges Signal gesetzt! Auf die Unterstützung im Stadtrat durch die **BIA** können sich die Werderauer sowieso verlassen.

Tätlicher Angriff straffrei

Daß die Nürnberg-Fürther Staatsanwaltschaft auf dem „linken Auge blind“ ist und stattdessen insbesondere nationaldenkende Jugendliche auch bei sogenannten „Propagandadelikten“ (wie Aufkleber, Abzeichen) nach dem „Null-Toleranz“-Prinzip bis zum Äußersten verfolgt und anklagt, ist hinreichend bekannt.

Mit ihrer neuesten Einstellungsverfügung gegen einen ausländischen Täter ist jedoch zweifellos ein vorläufiger negativer Höhepunkt erreicht worden. Hintergrund ist ein tätlicher Angriff gegen den Stadtrat der **Bürgerinitiative Ausländerstopp**, Ralf Ollert, einige Tage vor der Kommunalwahl im März, bei

einer Informationsveranstaltung am Aufseßplatz, wo dieser von einem ausländischen Jugendlichen tätlich angegriffen und bei dem dadurch erfolgten Sturz leicht verletzt wurde.

Durch das Eingreifen der Polizei und der Zeugen aussage eines höheren Polizeibeamten, der den Vorfall zufällig beobachtet hatte, konnte der Täter noch an Ort und Stelle festgesetzt

werden.

Umso verwunderlicher, daß nunmehr laut Mitteilung der Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen den Täter eingestellt wurde. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Wegen der vorsätzlichen Körperverletzung wurde der Beschuldigte ermahnt. Der



Beschuldigte ist bereits hinreichend beeindruckt durch die polizeiliche Vernehmung. Die Staatsanwaltschaft geht davon

aus, daß weitere Maßnahmen, insbesondere eine Ahndung durch den Jugendrichter, in diesem Falle nicht nötig sind und sieht deshalb ausnahmsweise von einer Strafverfolgung ab.“

Man stelle sich vor, ein nationalgesinnter Deutscher hätte Ähnliches gemacht! Wie „beeindruckt“ der Täter war, zeigt sich übrigens schon daran, daß er sich bis heute nicht bei Ralf Ollert entschuldigt hat und bei der Polizei noch behauptete, er wäre selbst angegriffen worden.

Die Staatsanwaltschaft muß sich bei solcher Handlungsweise schon vorwerfen lassen, zur „Verrohung der politischen Sitten“ selbst beizutragen. Oder muß immer erst gewartet werden, bis jemand, wie in der Münchener U-Bahn, halbtot geschlagen wird?